

V. In Sachen der disciplinaren Beaufsichtigung der Aerzte Seitens des Staates.

Der ärztliche Kreisverein Mannheim-Heidelberg hat eine in zahlreichen medicinischen Fachschriften veröffentlichte Erklärung erlassen, in welcher die an die badische Verordnungen am 6. und 11. December 1883 anknüpfende Resolution der Berliner Medicinischen Gesellschaft vom 30. Januar 1884, betreffend die disciplinare Beaufsichtigung der Aerzte Seitens des Staates, als unmotivirt dargestellt wird. In dieser Erklärung werden aber diejenigen Gründe, die für die Berliner Medicinische Gesellschaft bestimmend waren, durchaus nicht erwähnt. Als solche Gründe möchte ich in Kürze folgende hervorheben:

I. Die badische Verordnung vom 6. December 1883 bedroht mit Strafe erstens die Verletzung der Berufspflicht. Was aber als Berufspflicht der Aerzte zu gelten hat, das bestimmt die Verwaltungsbehörde. Es ist sicher von Wichtigkeit, wenn hierbei die Ständevertretung der Aerzte „gehört“ wird, doch ändert dies an der principiellen Bedeutung der Thatsache nur sehr wenig, dass in Baden die Verwaltungsbehörde auf dem Verordnungswege festsetzt, welche Berufspflichten der Arzt zu erfüllen hat, wenn er nicht bestraft werden will.

II. Die badische Verordnung stellt aber nicht nur die Berufspflichten unter Androhung von Strafe unter disciplinare Aufsicht, sondern zweitens auch das „Verhalten der Aerzte, sofern sie sich dadurch der Achtung, die ihr Beruf erfordert, unwürdig zeigen“. Wir haben angenommen, dass hierunter das Verhalten der Aerzte in- und ausserhalb ihres Berufes zu verstehen sei und halten diese Bestimmung für erschreckend ähnlich den Bestimmungen über die disciplinare Beaufsichtigung der Beamten.

III. Als Disciplinarkammer gilt in erster Instanz der gewählte ärztliche Ausschuss. Dass derselbe unter dem Vorsitz eines — juristischen oder nichtjuristischen — Verwaltungsbeamten tagen muss, ist eine nebensächliche Frage, die Einsetzung des Ausschusses als solche sicher ein Fortschritt. Als zweite Instanz ist aber das Ministerium eingesetzt. Wir können nicht umhin, anzunehmen, dass auch hier, wie überall, die zweite Instanz schliesslich die maassgebende sein wird.

Da die Berliner Medicinische Gesellschaft in diesen Monaten Ferien hat, halte ich mich als ihr damaliger Referent für verpflichtet, dies zur Klarlegung des Sachverhalts auszusprechen und ersuche diejenigen Zeitschriften, welche die Erklärung des ärztlichen Kreisvereins Mannheim-Heidelberg veröffentlicht haben, auch diesen Zeilen Raum geben zu wollen.

21. August 1884.

B. Fränkel.